Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Verkehr
Bollwerk 27
3003 Bern

23. März 2004

**Vernehmlassung zur Verordnung über die Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall (VKOVE);
Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen auf Bundesebene**

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum vorliegenden Verordnungsentwurf. Wir haben dazu nachstehende Bemerkungen:

Grundsätzlich erachten wir eine Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall über die Kantons-
grenzen hinaus als unbedingt notwendig. Wir unterstützen deshalb die Bestrebung des Bundes, diese
Koordination mit institutionalisierten Organen zu verbessern. Der vorliegende Entwurf einer VKOVE
vermag aber aus verschiedenen Gründen nicht zu überzeugen. Er lässt insbesondere in vielen
Bereichen die notwendige Klarheit vermissen:

So wird der zentrale Begriff "Ereignisfall" gar nicht definiert. Es bleibt zum Beispiel offen, ob eine
länger dauernde Sperrung des Gotthardtunnels im Winter als Ereignisfall zu betrachten wäre. Auf
Grund des Verordnungstextes dürfte dies eher nicht der Fall sein. Die Erfahrungen der letzten Jahre
zeigen jedoch, dass gerade für einen solchen Fall ein den Kantonen übergeordnetes
Koordinationsorgan sehr hilfreich sein könnte.

Ausserdem zählt die neue Verordnung in Art. 5 lediglich zwei Organe auf: den Ausschuss und das
Netzwerk. In Art. 6 bis Art. 10 werden dann aber verschiedene weitere Gremien mit unter-
schiedlichen Aufgaben aufgelistet: Präsidium, Geschäftsstelle, Geschäftsleitung, Ausschuss und
Netzwerk. In den Erläuterungen zum Entwurf wird wiederum eine Grafik mit anders bezeichneten
Gruppierungen wie Kernteam und Fachgruppen gezeigt. Die Regelung ist daher äusserst verwirrend.
Ob überdies eine so komplexe Organisation zur Krisenbewältigung geeignet ist, erscheint fraglich.

Nebulös ist auch die Abgrenzung zwischen den einzelnen Organen. Dem Ausschuss obliegen die
wichtigsten Aufgaben, insbesondere die Koordination der Transportmittel und Massnahmen im

Ereignisfall. Inwiefern dieser Ausschuss in einem solchen Fall aber überhaupt einberufen wird, ist unklar. Gemäss Art. 7 Abs. 2 lit. d des Entwurfes wirkt nur der Präsident als Verantwortlicher und gemäss Art. 8 Abs. 2 lit. b tritt einzig die Geschäftsleitung zusammen, um Massnahmen aufeinander abzustimmen. Aus den Erläuterungen, nicht aber aus der Verordnung selbst, geht hervor, dass die Organisation je nach Ereignis modular zusammengesetzt und durch einen ad hoc bezeichneten Koordinator/Verantwortlichen geführt wird – somit also doch nicht zwingend durch den Präsidenten.

Die Kantone sind nach Art. 3 zur Zusammenarbeit verpflichtet und die Organe der KOVE sorgen gemäss Art. 5 lit. d im Ereignisfall für die Koordination. Inwiefern daraus eine Weisungsbefugnis der KOVE abgeleitet werden kann, ist nicht ersichtlich, zumal der Begriff "Kordinieren" bezüglich Kompetenzen alles offen lässt. Ein Koordinationsorgan müsste jedoch mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sein um seine Aufträge nutzbringend erledigen zu können. Der vorliegende Entwurf sieht derartige Kompetenzen explizit nicht vor. So bleiben laut den Erläuterungen die Verantwortlichkeiten unverändert, was auf ein blosses Empfehlungsrecht schliessen lässt. Die Zusammenarbeitspflicht der Kantone in Kombination mit dem Koordinationsrecht des Bundes sprechen dagegen eher für Weisungsbefugnisse. Zudem bleiben insbesondere die Kompetenzen für die Anordnung von Sofortmassnahmen unklar.

Die Aufbauorganisation des Ausschusses KOVE scheint viel zu gross und zu kompliziert bzw. zu schwerfällig. Eine schlankere Struktur wäre zu begrüssen.

Schliesslich äussert sich die Verordnung auch nicht über die Kostenverteilung der neuen Institution.

Wir sind deshalb der Ansicht, dass der Entwurf einer praxisnahen Überarbeitung mit einer klareren, verbindlicheren Gesetzgebung bedarf.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Sig.
Ruth Gisi
Frau Landammann

Sig
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber